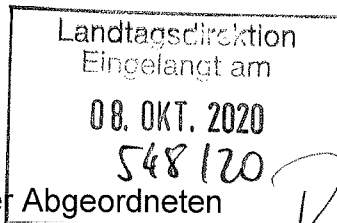


Antrag

des FPÖ Landtagsklub bzw. der Abgeordneten
KO Markus Abwerzger, KO -Stv. Evelyn Achhorner, Alexander Gamper,
Patrick Haslwanger und Christofer Ranzmaier



FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

LANDTAGSKLUB TIROL
Eduard-Wallnöfer-Platz 3
A-6020 Innsbruck

Tel: +43 512 5083082
Fax: +43 512 5083085
Email: landtagsklub@tirol.gv.at

www.fpoe.tirol

Pflegegeld-Einstufung von Demenzkranken verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zu übermitteln, mit der die systematisch schlechtere Einstufung von Menschen mit Demenz oder einer psychischen Erkrankung gemildert wird, indem der Erschwerniszuschlag von derzeit 25 Stunden wesentlich angehoben wird.“

Begründung:

Der Ausbau des Tagesbetreuungsangebots für an Demenz erkrankte Personen ist zweifelsohne ein Gebot der Stunde. Schließlich werden dadurch nicht nur pflegende Angehörige, sondern auch das Pflegesystem insgesamt massiv entlastet, da idealerweise weniger Menschen in stationärer Betreuung untergebracht werden müssen.

Verwiesen werden muss auf den Jahresbericht der Volksanwaltschaft, welcher massive Mängel im Umgang mit Demenz ins Treffen führt; „konkret etwa, dass die Intensität des Einsatzes in der Betreuung von Menschen mit Demenz bei den Einstufungskriterien zur Bemessung des Pflegegeldes trotz des ‚Demenzzuschlages‘ in den Pflegegeldgutachten nicht entsprechend abgebildet werde, weshalb das Erreichen höherer Pflegegeldstufen erschwert ist (2020, S. 69).“ Laut der Volksanwaltschaft zeige die sozialgerichtliche Praxis, dass es gerade bei Personen mit dementieller Erkrankung überdurchschnittlich häufig zu – oft massiven – Fehleinschätzungen durch die Sozialversicherungsträger komme. Auch sei ein Augenmerk auf „eine angemessenere und korrekte Einstufung von geistigen und/oder psychischen Beeinträchtigungen“ zu legen (S. 56 des Berichts).

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Pflege und Soziales;
Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport

Innsbruck, Oktober 2020